



Interpellation (Art. 63 GRSR)

Erstunterzeichnende

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
15	Chantal Perriard	FDP	

Umgang mit Ausschreitungen im Zusammenhang mit Kundgebungen – sind die bestehenden Instrumente ausreichend?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Entwicklung der Sicherheitslage bei Kundgebungen in der Stadt Bern in den letzten Jahren?
2. Welche rechtlichen und operativen Instrumente stehen der Polizei heute zur Verfügung, um Personen, die sich an Ausschreitungen beteiligen oder polizeilichen Anordnungen nicht Folge leisten, aus einer aufgelösten Kundgebung zu entfernen?
3. Wo sieht der Gemeinderat Schwierigkeiten beim gezielten Vorgehen gegen Störer im Rahmen von Demonstrationen?
4. Welche Lehren wurden aus den Ausschreitungen im Herbst 2025 gezogen, insbesondere in Bezug auf das Wiederzusammenfinden von Gruppen nach einer polizeilichen Auflösung?
5. Sieht der Gemeinderat Anpassungsbedarf beim Kundgebungsreglement oder bei den Einsatzkonzepten der Polizei? Falls nein, weshalb nicht?

Begründung

In der Stadt Bern kommt es im Zusammenhang mit bewilligten und unbewilligten Kundgebungen immer wieder zu Ausschreitungen, Sachbeschädigungen und Angriffen auf Einsatzkräfte. Solche Vorfälle beeinträchtigen nicht nur die Sicherheit von Anwohnenden, Passantinnen und Passanten sowie des Gewerbes, sondern gefährden auch die Durchführung friedlicher Demonstrationen und damit die Ausübung der Versammlungsfreiheit.

Die Ausschreitungen im Herbst 2025 haben erneut gezeigt, dass sich gewalttätige Personen gezielt in Demonstrationen einmischen und sich nach polizeilichen Auflösungen teilweise neu formieren. Dies erschwert die Wiederherstellung der

öffentlichen Ordnung, beeinträchtigt die Innenstadt und den öffentlichen Verkehr und belastet damit auch die angrenzenden Quartiere erheblich.

Am 13. Juni 2010 lehnte die städtische Stimmbevölkerung die Initiative «Keine gewalttätigen Demonstrationen!» knapp mit 50,74 % Nein-Stimmen ab, womit eine Verschärfung des städtischen Kundgebungsreglements verworfen wurde. Seither haben sich jedoch sowohl die Dynamik von Demonstrationen als auch die eingesetzten Mittel und Taktiken gewaltbereiter Gruppen verändert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die heutigen rechtlichen Grundlagen und Einsatzkonzepte weiterhin ausreichend sind, um Ausschreitungen wirksam zu verhindern und Störer gezielt von friedlichen Demonstrierenden zu trennen.

Dringlichkeit

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt? ja nein

Kurze Begründung: Aufgrund der Ausschreitungen im Herbst 2025 und der weiterhin regelmässig stattfindenden Kundgebungen besteht aktueller Klärungsbedarf.

Bern, 29.01.2026

Mitunterzeichnende

Sitzplatz-Nr.	Vorname / Name	Partei	Unterschrift
23	Tom Berger	FDP	
24	Nik Gugler	FDP	
16	Georg Kästli	FDP	
9	Ulricha Stodder	FDP	
29	Jakob Wegmann	SVP	
25	Oliver Resper	FDP	
17	Thomas Hofstetter	FDP	
62	Fabian Rufenacht	GLP	
63	Maurice Lindgren	GLP	
64	Irina Strenbhaar	GLP	
70	Natalie Betsch	GLP	
71	Susanne Flury	GLP	
72	SIMON GIGER	evp	
14	Thomas Glauser	SOC	

M. Alexander
 12. Bernhard Hess
 SVP
 SVP
 G. Kästli